

RVGreport – SOZIALGERICHTSSACHEN

Die Abrechnung sozialrechtlicher Mandate nach dem RVG (Teil 1)

von Christian Noe, Rechtsanwaltsfachangestellter, Gelsenkirchen

Das Sozialrecht stellt hinsichtlich der Abrechnung nach dem RVG gleich in zweierlei Hinsicht einen Sonderfall dar, der die Arbeit noch einmal zusätzlich diffiziler gestaltet: Sofern es sich nicht um einmalige Beratungen oder lediglich die Durchführung eines kurzen Antragsverfahrens handelt, dauern sozialgerichtliche Auseinandersetzungen im Vergleich zu anderen Mandaten oft erheblich länger. Das verlangt dem Juristen noch einmal zusätzlich Geduld ab, was das Abwarten der ersten Gerichtsentscheidungen und einschlägigen Kommentare zur sozialgerichtlichen Anwaltsvergütung betrifft. Sofern sich jene seit dem 1.7.2004 begonnenen Angelegenheiten über die erste oder gar zweite Instanz hinziehen, kann erst sehr spät mit entsprechenden Entscheidungen zum neuen Kostenrecht gerechnet werden. Wächst sich die Auseinandersetzung mit dem Rechtsschutzversicherer dann auch noch zu einem Rechtsstreit aus, ist noch einmal mit längerer Wartezeit zu rechnen. Neben vielen anschaulichen Berechnungsbeispielen sollen in diesem Beitrag Probleme des neuen Gebührenrechts aufgezeigt, die pragmatische Handhabung der Vergütungsabrechnung nach dem RVG erläutert und darüber hinaus noch ein paar sinnvolle Praxishinweise gegeben werden.

I. Der Abschied von der BRAGO – Eine reale Betrachtung

Angesichts der Fülle von Publikationen, die im Zuge der Einführung des RVG in Form von Büchern und Zeitschriften auf die RAe und Kanzleiangestellte herab regnete, konnte einem Angst und bange werden. Tatsache ist, dass sich BRAGO-Facetten auch im RVG wiederfinden und eine Einarbeitung zwar Zeit gekostet hat und noch kosten wird, aber nach Meinung des Autors bei weitem nicht so gravierend war bzw. ist, wie in den Monaten zuvor kundgetan.

Hier macht das Sozialrecht keine Ausnahme: Immer noch ist in nahezu allen Fällen Gerichtskostenfreiheit gegeben und nach wie vor wird jeder Verfahrensabschnitt, in dem der RA tätig wird, gesondert mit einer Kostennote abgerechnet. Konkret können nach dem RVG folgende Gebühren entstehen:

Diese Gebühren können entstehen

1. **die Beratungsgebühr** (Nr. 2100, 2101 VV RVG);
2. **die Geschäftsgebühr** (Nr. 2500, 2501 VV RVG – außergerichtlich);
3. **die Verfahrensgebühr** (Nr. 3102, 3103, 3204, 3212 VV RVG – gerichtlich);
4. **die Terminsgebühr** (Nr. 3106, 3205, 3213 VV RVG – außergerichtlich und gerichtlich) und
5. **die Einigungs- oder Erledigungsgebühr** (Nr. 1005, 1006, 1007 VV RVG – außergerichtlich und gerichtlich).

Insoweit ist diese Abrechnungsweise den anderen rechtlichen Angelegenheiten angeglichen worden. Als besondere Neuerung ist hervorzuheben, dass für die Einigung oder Erledigung in einem sozialgerichtlichen Rechtsstreit nunmehr eine eigene Gebühr entsteht und die Verfahrensgebühr (im Gegensatz zu der früheren Prozessgebühr des § 116 Abs. 3 BRAGO **nicht** mehr um 50 % erhöht wird, wenn der Rechtsstreit durch eine Einigung oder Erledigung seinen Abschluss findet.

Zum grds. Verständnis sei ausgeführt, dass sich für den RA außerhalb der Beratung im Rahmen des sozialrechtlichlichen Mandates **fünf Verfahrensebenen** ergeben können. Dies sind im Einzelnen:

Bis zu fünf verschiedene Angelegenheiten

- **das erste Verwaltungsverfahren**
(Antrag auf eine bestimmte Leistung bei einem Sozialversicherungsträger),
- **das zweite Verwaltungsverfahren**
(Nachprüfung der ergangenen Entscheidung des Versicherungsträgers, auch Rechtsbehelfs- oder Widerspruchsverfahren genannt),
- **das Klageverfahren**
(gegen den im Widerspruchsverfahren erlassenen Widerspruchsbescheid),
- **das Berufungsverfahren**
(gegen Urteile der SG) und
- **das Revisionsverfahren**
(gegen Urteile der LSG).

Jedes dieser v.g. Verfahren bildet **eine eigene gebührenrechtliche Angelegenheit**.

II. Die Beratung

Wird der RA lediglich beratend für seine Mandantschaft tätig, so erhält er eine Beratungsgebühr, die ausschließlich und allein die gesamte Vergütung ausmacht.



So ist die Beratung abzurechnen

Beispiel 1:

Der Mandant sucht den RA auf, um sich hinsichtlich der Frage einer Rentenantragstellung beraten zu lassen. Die Beratung erfolgt in einem ausführlichen Beratungsgespräch, nach deren Abschluss das Mandat endet. Der RA kann bei überdurchschnittlichen Umständen i.S.v. § 14 RVG folgende Kostennote erstellen:

1. <i>Beratungsgebühr, Nr. 2101, 2102 VV RVG</i>	190,00 €
2. <i>16 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG</i>	+ 30,40 €
Summe:	220,40 €

Für die Beratungsgebühr gilt ein Betragsrahmen von 10 € – 260 € (= 135 € Mittelgebühr). Im Rahmen der Erstberatung beträgt die Gebühr höchstens 190 €. Schließt sich an die Beratung eine der nachfolgend aufgeführten außergerichtlichen bzw. gerichtlichen Tätigkeiten an (bspw. der Antrag oder die Klage auf Zahlung einer Rentenleistung), so ist die Beratungsgebühr in **voller Höhe anzurechnen** (vgl. hierzu Abs. 2 der Anm. zu Nr. 2100 VV RVG).

III. Die außergerichtliche Vertretung

1. Welcher Gebührenrahmen ist maßgeblich?

Widmen wir uns nun der Abrechnungspraxis und dem Grundsatz des Gebührenansatzes im RVG, der sich im Wesentlichen gegenüber der BRAGO nicht verändert hat. Dies beurteilt sich zunächst nach der Bestimmung des § 3 RVG.

Der RA hat somit – wie schon nach der BRAGO – in fast ausnahmslos allen Fällen **Betragsrahmengebühren** in Ansatz zu bringen, da zu seiner Mandantschaft i.d.R. Personen gehören, die als Versicherte oder Leistungsempfänger Ansprüche gegen einen Träger der gesetzlichen Sozialversicherung haben (bspw. arbeitslose Personen oder schwerbehinderte Menschen). Neu eingeführt hingegen wurde die **Absenkung** der Geschäfts- bzw. Verfahrensgebühr in der ersten Instanz bei vorheriger Tätigkeit in derselben Sache, sodass es hier zu einem „Anrechnungseffekt“ kommt. Abrechnungen nach der BRAGO sahen in keinem Falle eine Minderung der Gebühren vor, wenn der RA seinen Auftraggeber schon außergerichtlich vor einer Behörde vertreten hatte und ihn anschließend auch in dem Klageverfahren, der den ablehnenden Widerspruchsbescheid zum Gegenstand hatte, vertrat. Er bekam sowohl für das Widerspruchs- als auch das Klageverfahren i.d.R. bei durchschnittlichem Aufwand jeweils die Mittelgebühr des § 116 BRAGO (= 240 € im Widerspruchs- und 355 € im Klageverfahren). Dieses Prozedere kennt das RVG nicht mehr – im Gegenteil: Nunmehr wirkt es sich **negativ** für die Gebührenhöhe aus, wenn der RA seinen Mandanten bereits in einem Verwaltungsverfahren vertreten hat und er auch im anschließenden Klageverfahren als Bevollmächtigter auftritt.

Im Regelfall entstehen Betragsrahmengebühren

2. Das Antrags- und das Rechtsbehelfs- (bzw. Widerspruchs-)verfahren

Außergerichtlich kann es zu **zwei verschiedenen Verfahrensabschnitten** kommen, sofern der RA mit der Stellung des Antrages beim Leistungsträger und/oder mit der Überprüfung des daraufhin ergangenen Bescheides betraut ist.

a) Vertretung im Antrags- und Widerspruchsverfahren

Beispiel 2:

Ein RA vertritt seinen Mandanten jeweils in einem Antrags- und Widerspruchsverfahren sowie in einem Widerspruchsverfahren. Bei durchschnittlichen Umständen i.S.v. § 14 RVG ist wie folgt abzurechnen:

I. Antragsverfahren

1. Geschäftsgebühr, Nr. 2500 VV RVG	240,00 €
2. Postentgeltpauschale, Nr. 7002 VV RVG	20,00 €
3. 16 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG	+ 41,60 €
Summe:	<u>301,60 €</u>

Der RA erhält für seine außergerichtliche Tätigkeit eine Geschäftsgebühr i.H.v. 400 – 520 € (Mittelgebühr 280 €). Diese wird in der Abrechnung auf 240 € reduziert, sofern die anwaltliche Tätigkeit weder schwierig noch umfangreich war. In dieser Höhe entspricht die Geschäftsgebühr nach dem RVG exakt derjenigen der früheren BRAGO-Geschäftsgebühr (§ 118 Abs. 1 Nr. 1 i.V.m. § 116 Abs. 1 Satz 1 BRAGO, welche ebenfalls 240 € betrug).

II. Widerspruchsverfahren

1. Geschäftsgebühr, Nr. 2501 VV RVG	120,00 €
2. Postentgeltpauschale, Nr. 7002 VV RVG	20,00 €
3. 16 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG	+ 22,40 €
Summe:	<u>162,40 €</u>



Für das Widerspruchsverfahren entsteht eine weitere Geschäftsgebühr



Bei außergerichtlicher Vertretung fällt für den Rechtsstreit eine niedrigere Verfahrensgebühr an



Für die Vertretung nur in einem Klageverfahren erhält der RA eine höhere Verfahrensgebühr

Für die weitere Vertretung in einem zweiten außergerichtlichen Verfahren kann der RA eine weitere Geschäftsgebühr i.H.v. 400 – 260 € verlangen (Mittelgebühr 150 €). Diese wird in der Abrechnung auf 120 € herabgesetzt, sofern die anwaltliche Tätigkeit weder umfangreich noch schwierig war.

Für die Vertretung in einem **Antrags- und anschließendem Widerspruchsverfahren** steht dem RA somit ein **Gesamthonorar von 464 €** zu (Summe I. und II.)

b) Vertretung im Widerspruchs- und anschließenden Klageverfahren

Beispiel 3:

Der RA vertritt den Auftraggeber nach erfolglosem Widerspruchsverfahren im Klageverfahren. Im Antragsverfahren war er nicht tätig. Bei durchschnittlichen Umständen i.S.v. § 14 RVG ist folgende Berechnung anzustellen.

I. Widerspruchsverfahren

1. Geschäftsgebühr, Nr. 2500 VV RVG	240,00 €
2. Postentgeltpauschale, Nr. 7002 VV RVG	20,00 €
3. 16 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG	+ 41,60 €
Summe:	301,60 €

II. Klageverfahren

1. Verfahrensgebühr, Nr. 3103 VV RVG	170,00 €
2. Terminsgebühr, Nr. 3106 VV RVG	200,00 €
3. Postentgeltpauschale, Nr. 7002 VV RVG	20,00 €
4. 16 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG	+ 62,40 €
Summe:	452,40 €

Der RA kann für eine gerichtliche Vertretung vor den SG eine Verfahrensgebühr i.H.v. 200 – 320 € (Mittelgebühr 170 €) in Ansatz bringen, wenn er bereits in einem oder zwei vorgeschalteten Verwaltungsverfahren tätig gewesen war.

Für die Vertretung in einem **Widerspruchs- und darauffolgenden Klageverfahren** steht dem RA somit eine **Gesamtvergütung von 754 €** zu (Summe I. und II.).

⇒ Praxishinweis:

Unabhängig davon, ob der RA nun zuvor ein (Antrags- oder Widerspruchsverfahren) oder beide (Antrags- und Widerspruchs-)Verfahren durchgeführt hat, verbleibt die verminderte Höhe der mittleren Verfahrensgebühr im Klageverfahren unverändert bei 170 €.

Beispiel 4:

Wäre der RA allerdings erst mit der Klageerhebung mandatiert worden, hätte sich bei Berechnung der Mittelgebühren die folgende Vergütung ergeben:

1. Verfahrensgebühr, Nr. 3102 VV RVG	250,00 €
2. Terminsgebühr, Nr. 3106 VV RVG	200,00 €
3. Postentgeltpauschale, Nr. 7002 VV RVG	20,00 €
4. 16 % Umsatzsteuer, Nr. 7008 VV RVG	+ 75,20 €
Summe:	545,20 €

⇒ **Praxishinweis:**

Eine Absenkung der Mittelgebühr für das Klageverfahren aufgrund einer nicht umfangreichen oder schwierigen Tätigkeit (wie in den vorgerichtlichen Verwaltungsverfahren) findet nicht statt (vgl. Beispiel 3). ■

3. Die Eintrittspflicht der Rechtsschutzversicherung

Besondere Bedeutung erfährt die vorstehende Abrechnungspraxis vor dem Hintergrund, dass eintrittspflichtige Rechtsschutzversicherungen lediglich die Vergütung einer **sozialgerichtlichen Auseinandersetzung** tragen. Demgegenüber hat der Versicherte für die Anwaltsvergütung in vorgeschalteten **außergerichtlichen Auseinandersetzungen** grds. selbst aufzukommen. Dies bedeutet, dass der Mandant die Gebühren des ersten (und ggf. zweiten) Verwaltungsverfahrens alleine zu schultern hat, während seine Rechtsschutzversicherung erst mit Beginn des Klageverfahrens eintrittspflichtig wird. Nun ist dies allein aber kein Anzeichen für eine höhere Belastung des Mandanten, da dies ja durch die ggf. zusätzlich entstehenden Termins- und Einigungsgebühren, die nun genauer beleuchtet werden sollen, kompensiert wird und der RA – bei sinnvoller Mandatsführung – die Möglichkeiten des RVG sinnvoll und angemessen ausschöpfen kann. Auf das Thema Rechtsschutz werden wir unter VIII. (a.) noch einmal zurückkommen.

Die Rechtsschutzversicherung übernimmt grds. nur die Vergütung für das Gerichtsverfahren

Fortsetzung folgt!